



**WIDERSTAND 2020**  
**WIR für DÜSSELDORF**

Am Anfang steht immer eine Idee

**W I R**

Artikel 5 Grundgesetz

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Unser Parteiprogramm bist

**D U**

Sag uns Deine Meinung  
zusammen sind

**W I R für Düsseldorf**

## I N H A L T E

### **Für Menschen, Tiere und ihr Zusammenleben**

1. Direkte Demokratie stärken
2. Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege für Angehörige
  - 2.1. Mehrgenerationenhaus
3. Zukunft? - Nicht ohne uns! Freizeitflächen für Jugendliche
4. Förderung von Senioren
5. Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Mehrgenerationen-wohnen
6. Städtische finanzielle Unterstützung
  - Für das Tierheim Düsseldorf und „Underdog“ ein Projekt im Bereich der Wohnungslosenhilfe von fifty fifty/Asphalt e.V.

### **Für Gesundheit und Soziales**

7. Sofortige Aufhebung aller Corona-Maßnahmen
  - 7.1. Sofortige Rücknahme aller Gesetzesänderungen
    - 7.1.1. Gesamtwissenschaftlicher Diskurs
    - 7.1.2. Ordentliche Beschlussfindung
    - 7.1.3. Untersuchungsausschuss
    - 7.1.4. Zukünftiger Umgang mit Bedrohungen durch Pandemien
8. Überarbeitung der Suchthilfe
  - 8.1. Heroin statt Methadon clean werden statt Süchtige verwalten
9. Förderung der Kommunikation in Behörden und Ämtern von Kundenorientiertem Umgang versus "Abfertigung"
  - 9.1. Menschenorientierter Umgang
10. Naturheilkunde und Schulmedizin Hand in Hand

## **Für Einkommen in allen Lebenslagen**

11. Absenkung der Gewerbesteuer
12. Weniger Vorschriften für Gewerbetreibende
13. Sichere Jobs für Arbeitnehmer
  - 13.1. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Hinblick auf Arbeitsbedingungen
14. Weg von den Hartz Gesetzen
  - 14.1. Stromkosten sind Unterkunftskosten bei Hartz Bezug
  - 14.2. Kindergeld ist kein Einkommen bei Hartz Bezug
15. Bezahlbare Mieten
16. Finanzielle Unterstützung für Rentner mit Mindestrente
17. Mietobergrenze
18. Verwendung von Mitteln der öffentlichen Hand

## **Für Schule, Bildung und Kultur**

19. Lebensgemeinschaft und Kindererziehung
  - 19.1. Recht auf Bildung und gewaltfreie Erziehung

## **Für Stadtplanung, Natur, Umwelt und Verkehr**

20. Kostenloser ÖPNV für die Einwohner Düsseldorfs
  - 20.1. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Hinblick auf Umweltaspekte
21. Sichere Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer sowie sichere Radwege
  - 21.1. Umweltspuren
22. Ausweisung von Sondernutzungs-Flächen für food Trucks

## **1. Direkte Demokratie stärken**

Mitbestimmung an politischen Entscheidungen! Statt einmal alle sechs Jahre bei der Kommunalwahl die Macht abgeben und dann sechs Jahre hilflos zusehen.

Wir stehen für:

- Vereinfachung kommunaler Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Dazu Herabsetzung der Mindestmenge an Unterstützungsunterschriften sowie Bekanntmachung über die offiziellen Kanäle der Stadt.
- Information und Aufklärung der Bürger\*innen über die Möglichkeiten politischer Mitbestimmung durch direkte Demokratie, wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden mittels geförderter Seminare, Schulunterricht und Internetseiten.

## **2. Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege für Angehörige**

Die „Sandwich-Generation“ der heute ca. 40-60 jährigen hat oft sowohl Kinder in Schule, Ausbildung oder Studium als auch Eltern, die mehr und mehr Hilfe benötigen. Gleichzeitig ist diese Personengruppe auch noch für den eigenen Lebensunterhalt im Berufsleben aktiv und somit dreifach belastet.

Wir fordern daher:

- Flexiblere Arbeitszeiten und flexible Betreuungszeiten in Kita und Schule
- Mehr Betreuungsangebote für Senioren
- Finanzielle Entlastung für Eltern von Kindern in Schule, Ausbildung oder Studium
- Mehrgenerationen Angebote mit dem Schwerpunkt:  
„Voneinander lernen und miteinander leben“

### **2.1. Mehrgenerationenhaus**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert in einem Bonusprogramm zur Zeit 540 Mehrgenerationenhäuser

Wir stehen für:

- Mehrgenerationenhäuser in Düsseldorf

### **3. Zukunft? - Nicht ohne uns! Freizeitflächen für Jugendliche**

Schule, Hausaufgaben, Computer und betreute Freizeit - kennst du einen Ort in Düsseldorf, wo sich die Jugend ohne Aufsicht aufhalten und die ohnehin schon knappe Freizeit genießen darf? Eine Bude bauen, ein Lagerfeuer oder die Halfpipe ausprobieren - stattdessen Flächen mit Verbotsschildern, ständige Kontrolle, Leistung oder mal eine Wand zum sprayen. Kinder können das! Sie brauchen keine Regeln - sie schaffen ihre Regeln selbständig. So lernt man Verantwortung!

Wir fordern daher:

- Lebensräume für Lebensfreude
- Phantasie ist das Programm - Grünflächen, Parks und kleine Wäldchen ohne Verbotsschilder
- Schaffung von Flächen zur freien Nutzung in allen Stadtteilen und Bereitstellung von finanziellen Mitteln für deren Gestaltung
- Vertrauen in unsere Kinder

### **4. Förderung von Senioren**

Ein menschenwürdiges Leben ohne finanzielle Sorgen und die Erfahrungen eines langen und erfüllten Lebens weitergegeben können, das wünschen wir uns alle für unser Rentenalter.

Wir stehen für:

- Mindestrente
- Generationsübergreifende soziale Projekte
- Ausbau von Stadtteiltreffs und Förderung des Ehrenamtes

### **5. Förderung des sozialen Wohnungsbaus**

Händeringend suchen Düsseldorfer\*innen bezahlbare Wohnungen und große Familien entsprechenden Wohnraum.

Wir fordern daher:

- Freie Grundstücke in städtischem Besitz müssen für den Bau bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung gestellt werden
- Mehrgenerationenwohnen soll ermöglicht werden

## **6. Städtische finanzielle Unterstützung**

Für das Tierheim Düsseldorf und „Underdog“ ein Projekt im Bereich der Wohnungslosenhilfe von fifty fifty/Asphalt e.V.

## **7. Sofortige Aufhebung aller Corona-Maßnahmen**

Es fehlt von Seiten der Bundesregierung bis heute jegliche Definition zu den Voraussetzungen und unter welchen Bedingungen eine Pandemie seitens der Bundesregierung erklärt werden kann. Aber die genaue Ausdifferenzierung solcher Gesetze verhindert, dass rund 83 Mio. Menschen die selben Maßnahmen erdulden müssen, obwohl sie aus gesamtwissenschaftlicher Sicht vielleicht gar nicht oder nicht mehr angebracht sind.

Wir fordern daher:

- Die sofortige Aufhebung aller Corona Maßnahmen

### **7.1. Sofortige Rücknahme aller Gesetzesänderungen**

Die vom Bundestag am 25. März getroffene Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite beruhte vermutlich zu keinem Zeitpunkt auf wissenschaftlichen oder medizinischen Erkenntnissen. Einzig Hochrechnungen und Schätzungen zum Ausmaß der voraussichtlichen Todesfälle und damit die Befürchtung es könne zu einer Überlastung des Gesundheitswesens kommen, befähigten die Bundesregierung zu einem massiven und einzigartigen Eingriff in die Gesetzgebung der BRD seit Ihrer Entstehung.

Wir fordern daher:

- Die sofortige Rücknahme der Gesetzesänderungen und die Rückgabe der Zuständigkeiten an die Länder
- Konsequente, öffentliche Förderung des gesamtwissenschaftlichen Diskurs‘ und die Aufarbeitung der tatsächlichen gesamtwissenschaftlichen Fakten

#### **7.1.1. Gesamtwissenschaftlicher Diskurs**

Es kann nicht sein, dass der fachwissenschaftliche Konsens seit spätestens dem 15. März 2020 nicht in die öffentliche Diskussion aufgenommen wird, wenn es um das Thema Corona und Covid-19 geht und dass stattdessen die Sichtweise eines Binnenkonsens‘ an die

Öffentlichkeit getragen wird, wobei die Informationen fehlen, dass es sich hierbei nicht um den gesamtwissenschaftlichen Konsens handelt.

Wir fordern daher:

- Konsequente, öffentliche Förderung des gesamtwissenschaftlichen Diskurs‘ und eine, sich daraus ableitende Haltung i.V.m. Corona-Massnahmen
- Veröffentlichung echter Zahlen, anstatt vermuteter
- Beruhigung der Bevölkerung statt Schüren von Panik und Angst

### **7.1.2. Ordentliche Beschlussfindung**

Die Ermächtigungen des BMG ohne Zustimmung des Bundesrats Rechtsverordnungen zu erlassen, mit denen es von zahlreichen Gesetzen abweichen darf, sind aus unserer Sicht nicht tragbar. Das Betäubungsmittelgesetz, das Arzneimittelgesetz und vor allem das IfSG, sowie zahlreiche weitere Bestimmungen sind hiervon betroffen.

Wir fordern daher:

- Die sofortige Wiederherstellung der parlamentarischen Gesetzgebung, um damit die Bundesregierung in die Grenzen ihrer Verordnungen zu verweisen

### **7.1.3. Untersuchungsausschuss**

Spätestens nach Bekanntwerden des Corona-Papiers aus dem Bundesinnenministerium wurde klar, dass kritische Stimmen zur Krisenbewältigung nicht oder nicht ausreichend gehört wurden.

Wir fordern daher:

- Einen Untersuchungsausschuss und zwar auch auf kommunaler Ebene!

### **7.1.4. Zukünftiger Umgang mit Bedrohungen durch Pandemien**

Nicht nur die Bürger\*innen der Stadt waren in diesem Jahr durch die Corona-Krise betroffen, nein die ganze Bundesrepublik Deutschland. Und es ist bei Weitem nicht nur der Sars-Cov 2 Virus, der Schäden an Leib und Leben und schwerwiegende, finanzielle Folgeschäden verursacht, vor allem der jährlich auftretende Influenzavirus sei hier genannt. Wir sehen es als unsere vordringlichste Aufgabe nicht nur mit gutem, sondern mit sehr gutem Beispiel, dem Motto Prävention statt Rehabilitation folgend voranzugehen,

denn es zeigte sich insbesondere im Umgang mit den hygienischen Maßnahmen während der Pandemie, dass viele Bürger\*innen weder die Wirksamkeit noch die richtige Handhabung der Maßnahmen einschätzen konnten.

Wir fordern daher:

- Konsequente, öffentliche Förderung des fachwissenschaftlichen Diskurs' zur Feststellung von Nutzen und Schaden der Hygienischen Maßnahmen
- Direkte, bürgernahe Informationsangebote zum richtigen Umgang mit hygienischen Maßnahmen, Aufklärung über deren tatsächliche und nicht nur vermutete Wirksamkeit

## **8. Überarbeitung der Suchthilfe**

Die Kooperation der beteiligten Organisationen und Institutionen der kommunalen Suchthilfe muss weiter gefördert und verstärkt werden. Es gilt die optimale Versorgung der Klienten\*innen sicherzustellen und durch Kooperationen neue Ressourcen freizusetzen.

Wir stehen für:

- Die Umfassende Planung der Kooperationsförderung aller zur Verfügung stehender Akteure zum Thema Suchthilfe

### **8.1. Heroin statt Methadon, clean werden statt Süchtige verwalten**

Die Substitution von Methadon führt die Betroffenen in eine erneute Abhängigkeit. Der Entzug von Methadon ist weitaus schwieriger, so wird Abstinenz verhindert und der „Beikonsum“ ist an der Tagesordnung. Suchträume für schwerst Abhängige in denen sauberes Heroin anstatt Methadon abgegeben wird, könnten das Problem einer Suchtverlagerung beheben und den Weg öffnen für eine spätere Abstinenz.

Wir stehen für:

- Individuelle Hilfe für Betroffene

## **9. Förderung der Kommunikation in Behörden und Ämtern Kundenorientierter Umgang versus "Abfertigung"**

Bürger\*innen sollen in schwierigen Lebenslagen Unterstützung erhalten und nicht durch unsinnige Maßnahmen und unnötige Hürden in den Ämtern gegängelt werden. Barrierefreier Zugang bedeutet auch: Hilfe beim Ausfüllen von Formularen oder bei der



Kommunikation mit dem/der Sachbearbeiter\*in, wenn Menschen Schwierigkeiten haben. Der Umgang mit dem/der Kunden\*in hat respektvoll, wertschätzend und zielführend zu sein, Mitarbeiter\*innen sollten besonders auf Kundenfreundlichkeit geschult werden.

Wir stehen für:

- Einen Code of Conduct, der sowohl dem/der Mitarbeiter\*in als auch dem/der Hilfesuchenden ein Mittel zur Verfügung stellt, die Kommunikation und ihre Störungen gezielt planen, kritisieren und verbessern zu können.
- Kommunikationstrainings für Mitarbeiter\*innen in Behörden

### **9.1.Menschenorientierter Umgang**

Der Mensch soll im Mittelpunkt des Handelns von Behörden stehen, diesem helfen und sein Anliegen effektiv, unkompliziert und respektvoll aufgreifen und lösen.

## **10.Naturheilkunde und Schulmedizin Hand in Hand**

Die Gesundheit steht im Fokus der Bestrebung, nicht die ständige Suche nach den Unterschieden, so zeichnen sich sowohl die Schulmedizin als auch die Naturheilkunde jeweils durch Stärken und Schwächen in ihren Behandlungen aus. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist unserer Ansicht nach der zukunftsweisende Weg.

Wir stehen für:

- Naturheilkunde und Schulmedizin Hand in Hand und auf Augenhöhe
- die umfassende Information der Bürger\*innen über alle wichtigen Gesundheitsthemen
- Gesundheit erhalten als primäre Aufgabe des Gesundheitswesens - Prävention vor Behandlung
- Freie Wahl von Behandlungsmethoden - Kein Behandlungszwang - Freie Impfentscheidung
- Recht auf Aufklärung aller Wirkungen und Nebenwirkungen von Behandlungen
- Beweispflicht beim Behandler bzw. Hersteller, dass ein Schaden nicht durch das Medikament oder die Behandlung entstanden ist
- Versicherungspflicht für die Pharmaindustrie

## 14. Sichere Jobs für Arbeitnehmer

### **14.1. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Hinblick auf Arbeitsbedingungen**

Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass bei der Rheinbahn AG, welche eine halbinstitutionelle Funktion im öffentlichen Nahverkehr der Stadt Düsseldorf und über die Stadtgrenzen hinaus einnimmt, üblich ist, Tarifverträge durch die Auslagerung von Mitarbeitern an „private“ Unternehmen zu unterlaufen und damit die Arbeitsbedingungen, insbesondere der davon betroffenen Busfahrer, massiv zu verschlechtern. Dies führt nicht zuletzt zu einer hohen Mitarbeiter-Fluktuation und daraus resultierender, schlechter Ausbildung mit drastischen Folgen für die Sicherheit im Straßenverkehr.

Wir stehen für:

- Einen fairen Umgang der Rheinbahn AG mit allen Mitarbeitern. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Mitarbeiter, die für die Rheinbahn AG tätig sind und die Abschaffung profitorientierter Auslagerung an private Unternehmen

## **20. Lebensgemeinschaft und Kindererziehung**

Kommunikation ist die Basis jeglicher menschlicher Beziehungen. Sie ist ein Hilfsmittel mit dem im Besten Fall Inhalte vermittelt werden können. Gewaltfrei und ohne Manipulation sollte sie Mittel zum Zweck sein und nicht die Grundlage für Schwierigkeiten in zwischenmenschlichen Beziehungen darstellen. Düsseldorf's Kinder und Jugendliche sollen die grundlegenden Dinge, die für das Funktionieren von Familie, Partnerschaft, Kindererziehung und Gesellschaft nötig sind, lernen. Wir sammeln Vorschläge von Eltern und Kindern sowie pädagogischen Fachkräften aus allen Bereichen und bringen diese in den Jugendhilfeausschuss ein.

Wir stehen für:

- Kurse zur Förderung von Kommunikation
- Eltern sollen gezielte Unterstützung erhalten

### **20.1. Recht auf Bildung und gewaltfreie Erziehung**

Wir denken Kommunikation ist erlernbar und so fordern und fördern wir Bildungsprogramme und die Reformierung des Schulunterrichts. Wir wollen dem Kultusministerium des Landes NRW regelmäßig Vorschläge unterbreiten zur

Verbesserung der Lern- und Lebensqualität an Schulen. Diese Vorschläge werden von unseren Mitgliedern gesammelt und abgestimmt.

Wir stehen für:

- Die Einführung neuer praxisorientierter Unterrichtsfächer
  - „Basisdemokratie - Für eine demokratische, solidarische und individuelle Gesellschaft“
  - „Miteinander aktiv werden - Soziale Verantwortung“
  - „Reden, zuhören, respektvolles Diskutieren - Kommunikationstechniken“
  - „Gesundheitslehre“
  - „self defence Kurse für Mädchen zwischen 12 - 18“

## 22. Kostenloser ÖPNV für die Einwohner Düsseldorfs

### **22.1. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Hinblick auf Umweltaspekte**

Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass bei der Rheinbahn AG, welche eine halbinstitutionelle Funktion im öffentlichen Nahverkehr der Stadt Düsseldorf und über die Stadtgrenzen hinaus einnimmt, Beförderungsentgelte erhebt, die so unattraktiv sind, dass die Verwendung des eigenen PKW in vielen Fällen die günstigere Alternative darstellt. Aus umwelttechnischen Aspekten halten wir diese Entwicklung für unklug.

Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass die Rheinbahn AG, aufgrund ihrer bloßen Präsenz, die ansonsten üblichen, kostenlosen Schulbusse unterläuft und sich dies nicht in einem deutlich ermäßigten Preis niederschlägt.

Wir stehen für:

- Kostenlose Beförderung der schulpflichtigen Kinder
- Verbindliche Beförderungspflicht für Schulkinder. Bisher werden Schulkinder, deren Eltern das Ticket nicht zahlen können, von der Beförderung ausgeschlossen
- Deutlich reduzierte Beförderungsentgelte und eine Aussetzung der Beförderungsentgelte an den Wochenenden (Ein Euro Ticket)

## **23. Sichere Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer sowie sichere Radwege**

Häufig sind die Radwege in Düsseldorf durch Scherben oder andere gefährdende Dinge verunreinigt.

Wir fordern daher:

- Die Einrichtung einer hotline für eine Task Force der Radwege Düsseldorfs

### **23.1.Umweltspuren**

Die Umweltspuren in Düsseldorf führen zu vielen Staus und wahrscheinlich erhöhten Abgasemissionen aufgrund des stop and go Verkehrs vor allem zur Rushhour. Wir stellen diese Maßnahme in Frage.

Wir fordern daher:

- Die regelmäßige Kontrolle der Abgasemissionen
- Die Aussetzung der Umweltspur, wenn sie keinen belegbaren Nutzen bringt